

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postlage, Wort und Bild.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk.  
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27.



## Anzeigen

werden die sechsgepalte 8 mm hohe (Reit-)Zeile oder deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; auswärts 15 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Druckvorschrift und Qualifikation ausgeschlossen. Zahlungen auf Postkonto Frankfurt am Main Nr. 20771  
Annahmgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsablagen werden bill. berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 54

Donnerstag den 12. Juni 1924.

17. Jahrgang.

Gott mit uns in Nacht und Graus,  
Bis das Frührot blinkt!  
Gott mit uns in Sturm und Braus,  
Bis die Erlösung winkt!

## Die Präsidentenfrage in Deutschland.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die französische Präsidentenfrage ist von den Berliner Kreisen aus naheliegenden Gründen mit großem Interesse verfolgt worden. Die seit einem halben Jahre lebhaft diskutierten Positionen des Reichspräsidenten Ebert hat die Präsidentenfrage ins Rollen zu bringen. Ihre verschiedenen Seiten aber bisher immer an dem Umstand, daß die von ihnen angeregten Kandidaten lebhaftesten Widerstand bei den anderen Parteien fanden und auf der anderen Seite die Aufstellung eines geeigneten Kandidaten Kandidaten schwerfälligen bereiteten. Namentlich scheint es aber, daß der Fall Aulerand in Frankreich in den deutschen politischen Kreisen die Aufmerksamkeit bezieht hat, daß es bestimmte Voraussetzungen gibt, unter denen die Position eines Kandidaten auch bei weitgehender Rücksichtnahme auf die politischen Gegebenheiten unhaltbar werden kann. Dieser Fall dürfte jetzt bei der Persönlichkeit des Reichspräsidenten Ebert in Betracht kommen, da auch innerhalb der Regierungsparteien die Überzeugung durchdringen beginnt, daß eine baldige Neuwahl des Reichspräsidenten nicht zu umgehen ist. Hierbei spielt der Umstand die Hauptrolle, daß Reichspräsident Ebert nicht, wie die Verfassung es vorsieht, direkt vom Volke gewählt ist, sondern sein Mandat vom Parlament empfangen hat. Wenn die deutschnationale Partei demnächst einen Antrag in der Präsidentenfrage unternehmen wird, so werden sich die Regierungsparteien nicht in der Lage sehen, die Position Eberts zu verteidigen. Es werden daher, wie wir von parlamentarischen Kreisen erfahren, veranlaßt sein, die von deutschnationaler Seite gebrachte Frage ihrerseits aufzunehmen und in Verhandlungen eintreten, um die Frage eines geeigneten Kandidaten zu präzisieren. Es wurde nun schon darum hanke, eine Persönlichkeit zu finden, die durch ihre Autorität geeignet sein würde, unpopuläre Auseinandersetzungen bei den Wahlvorbereitungen auszugleichen. Die Regelung dieser Frage würde im wesentlichen erledigt, wenn bis zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens die Teilnahme der deutschnationalen an der Regierung gesichert wäre. Man legt demnach großen Wert darauf, daß alle bürgerlichen Parteien sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen könnten. Die Neuwahl des Reichspräsidenten würde dann noch in diesem Herbst stattfinden können.

Die Sozialdemokraten würden wahrscheinlich im Verein mit den anderen linksstehenden Kreisen eine Gegenandienung versuchen. Bei einem geschlossenen Vorgehen der bürgerlichen Parteien würde diese Gegenandienung höchstwahrscheinlich nicht zum Erfolg kommen, zumal der Ausgang der Reichstagswahlen zeigt, daß die Linke in Deutschland kaum irgendwelche Aussichten darauf hat, in absehbarer Zeit eine Mehrheit im Reich zu finden.

Wichtiges davon, daß sich die Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert und der bürgerlichen Parlamentsmehrheit außerordentlich erschwert wird, erübrigt man in den politischen Kreisen in dem fortbestehenden gegenwärtigen Zustand eine schwere Gefahr für die demokratische Entwicklung. Erst kürzlich hat wieder der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Curtius dem Reichspräsidenten Ebert den Vorwurf gemacht, er habe bei der letzten Wahlperiode im Reich den außerordentlich schweren Fehler begangen, nicht sofort mit der deutschnationalen Partei in Verbindung getreten zu sein. Auf diese Weise wird immer die Persönlichkeit des Reichspräsidenten in innenpolitischen Streitigkeiten hinein gezogen, was unter keinen Umständen geeignet ist, das Ansehen des deutschen Staates zu erhöhen. Man scheint nicht die genügende Qualifikation zur Ausübung dieses Amtes zu haben, da nach Meinung der maßgebenden parlamentarischen Kreise, tatsächlich der Reichspräsident die Aufgabe hatte, zu allererst eingehende Verhandlungen mit den deutschnationalen zu pflegen. Daß er dies unterließ, wird dem Reichspräsidenten Ebert jetzt sehr ernsthaft zum Vorwurf gemacht, und es scheint, daß dadurch der letzte Anstoß gegeben ist, seine erschütterte Position endgültig unhaltbar zu machen.

## Vor der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens.

Von unserem Berliner Vertreter.

In den Berliner diplomatischen Kreisen besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß in spätestens zwei Monaten die grundsätzliche Durchführung der Sachverständigen-Gutachten eine beschlossene Sache sein wird, die kaum noch geändert werden dürfte. Zwischen der englischen Regierung und den anderen beteiligten Kabinetten sind bereits entsprechende Vorbereitungen im Gange, und es scheint auch, daß die französischen Regierungstreife kaum irgendwelchen Einfluß auf die Vorbereitungen der zuständigen Regierungsstellen ausüben können. Sobald in Paris ein neues Ministerium gebildet ist, wird das Stadium der alliierten Konferenzen eröffnet werden, das durch eine Besprechung zwischen dem englischen Premierminister und dem neuen französischen Regierungschef eingeleitet wird. Deutschland hat, nach Auffassung der Berliner Regierungstreife, zunächst eine nicht ungünstige außenpolitische Situation dadurch erreicht, daß es durch die Beschlässe seiner Regierung bereits seine Zustimmung zum Sachverständigen-Gutachten zum Ausdruck gebracht hat. Dadurch werde einer französischen Regierung die Möglichkeit gegeben, bei den Verhandlungen wieder die Frage der Sanktionen und der Sicherheiten in den Vordergrund zu stellen. Poincaré würde, wenn er noch am Ruder geblieben wäre, ganz unmöglich in der Lage gewesen sein, seine Wünsche auf Feststellung eines Sanktionensystems durchzusetzen. Auf der anderen Seite sei endlich der Zustand erreicht, bei dem die deutsche Regierung gestatte, von der Gelegenheit zu verlangen, als gleichberechtigter Partner behandelt zu werden und seine stets seine Forderungen zu stellen. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands soll zugelassen werden und nunmehr könne die Reichsregierung ihren Standpunkt dahin gehend vortragen, daß sie völlig restlos in den Besitz ihrer verwaltungsmäßigen Rechte in den besetzten Gebieten gesetzt werden müsse, bevor sie die deutsche Wirtschaftshoheit als wieder hergestellt ansehen könne.

Die Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen ist nicht sehr groß, da die Quertreibereien eines Poincaré diesmal nicht in Frage kommen, ebenso wenig wie die Sonderinteressen eines Lloyd Georges, der die englische Politik im Orient im Auge hatte, wenn er über die Reparationsfrage verhandeln wollte. Die kommenden Konferenzen seien ausschließlich auf das Problem der Reparationsfrage zugeschnitten und hätten erfreulicher Weise nichts mit den übrigen politischen Problemen in Europa zu tun.

Die Wirtschaftspolitiker beschäftigen sich im Anschluß an die bevorstehenden außenpolitischen Auseinandersetzungen hauptsächlich mit der Frage, ob es nunmehr möglich erscheinen wird, die gewünschten Auslandskredite für Deutschland mobil zu machen. Nach den Meldungen der amerikanischen Presse ist bereits das dritte Stadium überwunden. Die letzten Nachrichten über die angelegliche Weigerung der amerikanischen Finanzkreise, den europäischen Staaten Kredite zu geben, haben sich lediglich als warnende Alarmzeichen heraus gestellt. Sie sollten insbesondere auf Deutschland einen Druck ausüben, damit die deutschen Parteien die Regierung Marz-Stresemann nicht zu Fall bringen. Nunmehr wird behauptet, daß die amerikanischen Geldgeber die hauptsächlichsten Voraussetzungen für die Gewährung von Industrie-Krediten an Deutschland als erfüllt ansehen und bereit seien, die Verhandlungen darüber aufzunehmen. Ähnlich liegen die Dinge bei der englischen Finanzwelt, die sich bereits sehr weitgehend festgelegt hat. Die Londoner City hat, wie die neuesten Londoner Meldungen besagen, in der Haltung Deutschlands gegenüber dem Sachverständigen-Gutachten die Gewähr dafür gesehen, daß die deutsche Industrie die gegenwärtige Krise überwinden werde. Sobald Deutschland die neue Geldwährung eingeführt haben wird, will sich das englische Kapital zur Sanierung der deutschen Wirtschaft bereithalten, weil dann die englischen Geldgeber mit einer rentablen Grundlage ihrer Anleihen rechnen.

Diese Entwicklung erscheint den maßgebenden politischen Kreisen geeignet, etwas beruhigter in die Zukunft zu sehen. Es handelt sich allerdings darum, ob es der Reichsregierung gelingen wird, die bedeutendsten Stellen des Sachverständigen-Gutachtens, die für Deutschland unannehmbar erscheinen müssen, so abzuändern, daß der in dem Gutachten in Aussicht gestellte Aufschwung der deutschen Wirtschaft auch tatsächlich eintritt. Diesen Aufschwung kann niemand mit Sicherheit voraussetzen wollen, am allerwenigsten können es ausländische Sachverständige, die die Dinge in Deutschland niemals objektiv beurteilen vermögen. Die Krise der deutschen Industrie dauert zur Zeit noch unvermindert an und es wird zunächst sehr schwer halten, den gegenwärtigen pessimismus, der an der Verschärfung der Lage schuld ist, restlos zu beseitigen.

## Der Propagandafeldzug der Rentenmark.

(Eigener Informationsdienst.)

Die deutsche Wirtschaft steckt noch im Anfang ihrer Deflationsperiode, die die notwendige Folge der Inflationszeit ist. Die Streikneigung der Arbeiterschaft, die geforderte Verlängerung der Arbeitszeit auf Arbeitgeberseite, die Verunsicherung der Wirtschaft, an allen Ecken zu sparen, werden in den deutschen maßgebenden Kreisen nur als Symptome der Deflation angesehen, nicht aber als der Beginn einer neuen Inflationsperiode. Der Kampf der Reichsbank im Verein mit der Rentenbank gegen alle Kreise, die an den Mauern der Stabilität der deutschen Währung rütteln wollen, ist aus heftigster Entbrannt. Es ist geplant, von Seiten der Reichsbank aus einen regelrechten Propagandafeldzug für die Goldmark zu inszenieren, um die schnelle Entwicklung der Deflationsperiode zu unterstützen. Das vornehmste Bestreben des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wird es sein, im Volke den Glauben an die Stabilität der Verhältnisse wachzurufen und das Volk wieder zu veranlassen, ihre Gelder auf die Sparkasse zu tragen, um so gewisse Reserven zu schaffen, die bei rückläufigen Bewegungen der Wirtschaftslage, vor allem für die Landwirtschaft, von großem Nutzen sind. Man hofft, die Sparfähigkeit durch zu unterstützen, daß für die Spareinlagen die Garantie der Stabilität übernommen wird. Auf diese Weise wird endlich der Grundstein gelegt, für eine wieder erkannte deutsche Wirtschaft, der Grundstein für einen Volksreichtum, der bald auf den Staat übertragen werden könnte.

## Die Ausreisegeldgebühr in der Kabinettsitzung.

(Eigener Informationsdienst.)

Noch in dieser Woche wird die Entscheidung darüber fallen, ob die Ausreisegeldgebühr erhöht wird oder nicht. Die Entscheidung liegt bereits beim Gesamtkabinettsrat und in der nächsten Sitzung zur Beratung gelangen. Es liegen zwei Entwürfe vor, der eine sieht keine Erhöhung, aber eine wesentliche Verschärfung der Ausreisegeldbedingungen vor. Der andere sieht zu gleicher Zeit die Verschärfung und eine wesentliche Erhöhung von 50 Prozent vor. Die Befürworter des ersten Entwurfes glauben durch die Verschärfung der Kontrolle die Fehlschüsse einzubringen, die bei der Errichtung der Ausreisegeldgebühr vorgefallen ist; die andere Richtung ist der Meinung, daß zu gleicher Zeit der Fehlbetrag ein gebracht werden muß, der dadurch entsteht, daß Ausländer die Reise nach Deutschland vermeiden und somit ein Verlust an Deviseneingängen entstanden ist. Es läßt sich jedoch bisher nicht übersehen, wie das Kabinettsrat entscheiden wird.

## Fortsetzung der deutschnationalen Opposition.

(Eigener Informationsdienst.)

Die deutschnationalen Führer sind entschlossen, auch nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages ihre Opposition gegen die Regierung Marz-Stresemann fortzusetzen und sofort bei Eröffnung der Beratungen über die Gelege zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens eine neue Regierungstreife herbeizuführen. Dabei stellt man sich seitens der Deutschnationalen auf den Standpunkt, daß die ablehnende Haltung gegen einzelne Teile des Sachverständigen-Gutachtens nicht nur zum Ausdruck gebracht werden müsse, und daß die Maßnahmen der Regierung, die eine Fortführung ihrer bisherigen Politik darstellen, in keiner Weise unterstützt werden könnten.

In den, der Regierung nachstehenden Kreisen wird erklärt, daß eine Verschärfung der deutschnationalen Opposition dazu führen könnte, daß die Mitarbeiter der Sozialdemokratie immer notwendiger und ausschlaggebender werde. Auf diese Weise könnte sehr bald der Fall eintreten, daß die Regierungsparteien wieder das Ziel ins Auge fassen müßten die große Koalition im Reich wieder herzustellen. Für diese Entwicklung würden die Deutschnationalen selbst die Verantwortung auf sich nehmen müssen, wenn sie nicht die Regierung von der Sozialdemokratie unabhängig machen.

## Berichterstattung an den Auswärtigen Ausschuss.

(Eigener Informationsdienst.)

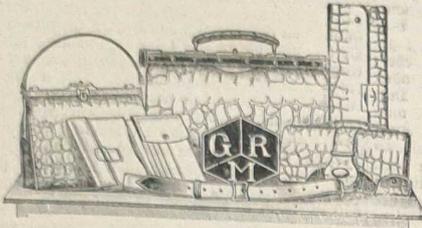
Im Ministerium des Auswärtigen bereitet man sich gegenwärtig auf den Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses vor.





**Sofa / Chaiselongue / Matratzen**  
**Klubsofa / Klubsessel**  
 in la. Verarbeitung zu billigsten Preisen.

Koffer  
 Sand-  
 taschen  
 Geldschein-  
 taschen



in großer  
 Auswahl

**Kutsch- und Arbeitsgeschirre**  
 Eigene Reparaturwerkstatt

**Wilhelm Wenderoth**  
 Sattlerei und Polsterwarengeschäft

**Man nehme**

zur Wäsche nie Seife  
 allein, das Waschen  
 würde zu teuer sein.  
 Man nehme

**Henko**

als Zusatzmittel --  
 die Kosten verringern  
 sich um ein Drittel!

**Henko**

Henke's Wasch- und Bleich-Soda

**Gemischter Chor**  
**Heute Abend**  
**Gesangstunde**

**Seifen und**  
**Schubcreme-Fabrikation**  
 im Hause

richtet wir ein. Dauernde und  
 sichere Güssen, besondere Räume  
 nicht nötig.  
 Auskunft kostenlos. Kü Porto  
 erwünscht.

**Chemische-Fabrik**

**Heinrich & Münkner**  
 Zeit-Abtsdorf

Für die uns anlässlich unserer  
**VERLOBLING** so zahlreich erwiesenen  
 Aufmerksamkeiten, sagen wir auf diesem  
 Wege allen Verwandten, Freunden und  
 Bekannten

herzlichen Dank.

Spangenberg, im Juni 1924

Anna Schönwald  
 Max Munzer

**Bekanntmachung.**

Am Freitag, den 14. Juni vormittags 10 Uhr  
 werden von hiesiger Güterabfertigung

**18 Stk. neue Rohrförber**

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung  
 versteigert. Kaufliebhaber wollen sich zur genannten  
 auf dem Güterschuppen hier einfinden.

Spangenberg, den 11. Juni 1924

Die Güterstelle  
 Dilling

Ein eheliches

**M ä d c h e n**

sucht

„Hotel Heinz“

Ein dunkelgrauer, großer

**Schäferhund**

(Rufname Max) entlassen. Abzugeben bei

Justus Nied

**Verein für Kurzschrift**

„Stolze Schrey“ Spangenberg

beabsichtigt in Kürze einen Anfänger-Kursus zu eröffnen  
 Meldungen beim Unterzeichneten.

Beisheim  
 I. Vorsitzender

**Z e m e n t**

frisch eingetroffen

**Otto Fenner**

**Ia. Falzziegel**

trifft in den nächsten Wochen ein. Bestellungen (ab  
 Bahnhof) nimmt noch entgegen

Richard Mohr

**Amtlicher Teil**

**Auslegung der Kreishundesteuerliste.**

Die Kreishundesteuerliste für das Rechnungsjahr 1924  
 liegt vom 13. Juni 1924 ab 8 Tage lang in der  
 Schreiberei öffentlich aus.

Spangenberg, den 11. Juni 1924.

Der Magistrat  
 Schier

**Verlegung des Landwegs**  
**Spangenberg-Landefeld.**

Der Entwurf über die Verlegung des Landwegs  
 Spangenberg-Landefeld in Spangenberg liegt im Bürger-  
 meisteramt Spangenberg bis 16. ds. Mts. offen.

Was etwa in landespolizeilicher Beziehung gegen  
 die Verlegung vorzubringen ist, ersuche ich mich bis  
 diesem Termin hierher mitzuteilen.

Meldungen den 4. Juni 1924

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses

**Wo? decken Sie Ihren**  
**Bedarf in**

Der Umbau meines Ladens ist beendet.

Babywäsche  
 Wickeltücher  
 Badetücher  
 Gummitücher  
 Waschlapen  
 Jäckchen v. Gr. 1-4  
 Mützen u. Hauben  
 Strümpfe v. Gr. 1-12

Kleiderstoffe  
 Cheviot  
 Satin  
 Mousseline  
 Frotté  
 Schotten  
 Popeline

Handtücher  
 Taschentücher weiß u. rot  
 Bettbezüge  
 Inlett  
 Halbleinen  
 Hemdentuch  
 Nessel  
 Hemden f. Damen v.  
 2,50-5 Mk. d. Stck.

**Dauerwäsche weiß und bunt. Turn- und Sportbekleidung.**

**Nur bei dem 1. Manufakturwaren-**  
**Geschäft am Platze **Aug. Ellrich****

Neustadt

Spangenberg

Telefon 64

Der Umbau meines Ladens ist beendet.